

Keine Transformation ohne Institution?

Organisierung und Institutionalisierung in sozial-ökologischen Konflikten

Veza Clute-Simon

Zusammenfassung: Die ökologischen Krisen, allen voran die Klimakrise, spitzen sich immer weiter zu und mit ihnen die gesellschaftlichen Konflikte um sozial-ökologische Fragen. Doch bisher führen diese keinesfalls zu einer sozial-ökologischen Transformation. Ein Rückgriff auf die Konflikttheorie hilft zu verstehen, woran der Übergang in eine nachhaltige Gesellschaft scheitert. Dazu werden Konflikte mit ihren Voraussetzungen und Dynamiken ins Zentrum der Analyse gerückt. Die Annahme ist, dass die Art der Interessensformierung und Institutionalisierung der Konflikte einen prägenden Einfluss auf den Ausgang sozial-ökologischer Transformationskonflikte hat. Dieses theoretisch-konzeptionelle Argument wird im Artikel exemplarisch anhand der Kohlekommission und dem Bündnis *Wir fahren zusammen* ausgeführt. Dabei wird deutlich, dass sozial-ökologische Politik vor allem dann scheitert, wenn soziale und ökologische Interessen nicht ausreichend organisiert sind oder gegeneinander ausgespielt werden. Zudem beschränkt die Anlehnung an das sozialpartnerschaftliche Modell der Konfliktaustragung die Möglichkeiten einer sozial-ökologischen Transformation.

Summary: The ecological crises, and above all the climate crisis, are intensifying, and with them, the social conflicts attached to them. However, so far, these social conflicts have by no means led to a socio-ecological transition. Drawing on conflict theory can put social conflicts and their inherent dynamics at the centre of the analysis to help us understand why the transition to a sustainable society is currently failing. The assumption is that the way in which interests are formed, and conflicts are institutionalised has a formative influence on the outcome of socio-ecological transformation conflicts. This theoretical-conceptual argument is illustrated in the article using the Coal Commission and the *Wir fahren zusammen* alliance as examples. It can thus be shown that socio-ecological policy fails above all when social and ecological interests are not sufficiently organised or are played off against each other. In addition, the reliance on the corporatist model of conflict resolution limits the possibility of transformative socio-ecological policy.

Einleitung

In diesem Jahr sind es vor allem die Wetterextreme, die immer wieder in Erinnerung rufen: Die ökologischen Krisen, allen voran die Klimakrise, spitzen sich weiter zu (WMO 2024). Dennoch bleiben die politischen Maßnahmen weit hinter dem zurück, was es bräuchte, um die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen und damit zumindest eine völlig unkontrollierte Entwicklung des ansteigenden Meeresspiegels, zukünftiger Extremwetter und des Artensterbens zu verhindern (IPCC 2023). Zwar mehren sich die gesellschaftlichen Konflikte um sozial-ökologische Fragen – man denke nur an die hitzigen Auseinandersetzungen um das Heizungsgesetz, die Letzte Generation oder die Bauernproteste. Doch bislang folgt aus ihnen keinesfalls eine Wende hin zu einer sozial-ökologischen Transformation. Entsprechend intensiv diskutieren Soziolog*innen daher derzeit die Frage, woran sozial-ökologische Ansätze scheitern. Im vorliegenden Artikel möchte ich eine Analyseperspektive mit Rückgriff auf die Konflikttheorie vorschlagen und exemplarisch zeigen, wie sie einen Beitrag zu Beantwortung eben dieser Frage leisten kann.

Denn eines zeigen die angesprochenen Auseinandersetzungen bereits sehr deutlich: Unterschiedliche Einstellungen, Interessen und Lebensweisen sowie die Ungleichheit bei der Verursachung der und der Betroffenheit durch die Klimakrise führen dazu, dass die Transformation hin zu einer sozial-ökologischen Gesellschaft konflikthaft verlaufen wird (Eversberg et al. 2024, Neckel 2023, Brand/Wissen 2024, Gill et al. 2019). Um die Voraussetzungen für eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation zu ermitteln, ist es folglich notwendig, die konkreten Konflikte, die darum geführt werden, in den Blick zu nehmen (Sommer/Schad 2022). Die hier eingenommene Analyseperspektive rückt dabei die Effekte von Institutionalisierung auf sozial-ökologische Konflikte ins Zentrum. So kann gezeigt werden, dass ökologische Politikansätze mitunter scheitern, weil soziale und ökologische Interessen nicht ausreichend organisiert sind oder gegeneinander ausgespielt werden. Darü-

ber hinaus kann das institutionelle Gefüge der Konfliktaustragung die Möglichkeit einer sozial-ökologischen Transformationspolitik beschränken (August/Westphal 2024). Beide Aspekte sind teilweise in der Eigendynamik von Konflikten begründet und lassen sich daher unter Rückgriff auf die Konflikttheorie analysieren (August 2024a).

Diese Dynamiken zu verstehen kann dazu beitragen, Hindernisse für eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformationspolitik zu identifizieren und zu umgehen. Dazu bedarf es jedoch angesichts der Verschiebung vom industriellen Konflikt zu sozial-ökologischen Transformationskonflikten auch einer Aktualisierung der Konflikttheorie. Dazu leistet der Artikel einen Beitrag, indem er die Anwendbarkeit industrieller Konflikttheorien auf sozial-ökologische Konflikte prüft.

Derzeit bezieht sich die Konfliktsoziologie in Deutschland vor allem auf Konfliktinstitutionen, die der Hochphase des Industriezeitalters entstammen. In diesen Institutionen wurden ökologische Belange selten explizit Gegenstand von Konflikten – wenngleich sie stets implizit mitverhandelt wurden (Schaupp 2024). Als einer der letzten Vertreter einer makrosoziologischen Konflikttheorie hat Ralf Dahrendorf vor dem Hintergrund des industriellen Konflikts herausgearbeitet, dass als Voraussetzung dafür, dass ein Konflikt überhaupt entsteht, latente Interessen in einer Interessengruppe organisiert werden müssen (Dahrendorf 1957: 166 ff.). Der Grad, zu dem ein so entstandener *manifest* Konflikt durch organisierte Akteure und in institutionalisierten Bahnen vollzogen wird, hat einen entscheidenden Einfluss auf die Konfliktdynamik (Deitelhoff/Schmelzle 2023). Institutionalisierung kann dazu beitragen, Konflikte zu befrieden oder aber sie einzuhegen (Dahrendorf 1957). In diesem Spannungsfeld bewegen sich auch die hier diskutierten Konflikte.

Im Folgenden werde ich zunächst zentrale Begrifflichkeiten vorstellen und das Ziel des Artikels im Kontext der bestehenden Forschung verorten. Im Anschluss daran werde ich einige Erkenntnisse aus der Konflikttheorie rekonstruieren, die sich auf das Verhältnis von Organisation, Institutionalisierung

und Konflikt beziehen und daraus die Analysedimensionen ableiten. Diese dienen sodann als Basis der Analyse zweier Fallbeispiele: der sogenannten Kohlekommission und den Tarifaueinandersetzungen im öffentlichen Nahverkehr. Es handelt sich folglich um einen konzeptionellen Beitrag, der empirisch illustriert wird. Die hier vorgenommene Fallauswahl ermöglicht dabei zu zeigen, wie Institutionalisierung allgemein auf Konflikte wirkt, aber auch, wie die Interessenorganisation bei strukturell ähnlich gelagerten Fällen Einfluss auf den Verlauf der Konflikte nehmen kann. Im dritten Teil werde ich mögliche Lehren für eine sozial-ökologische Transformationspolitik diskutieren.

1. Konflikte um die sozial-ökologische Transformation

Um die Art des Wandels, den die ökologischen Krisen notwendig machen, begrifflich zu fassen, nehmen Soziolog*innen im deutschsprachigen Raum seit einigen Jahren Bezug auf das Konzept der sozial-ökologischen Transformation. Sozial-ökologische Transformation wird dabei in der Regel „als normativer, strategischer und zielorientierter Prozess verstanden“ (Klepp/Hein 2023: 7), der auf eine klimaneutrale und sozial gerechte Gesellschaft abzielt. Die Bezugnahme auf die sozial-ökologische Transformation ist folglich in der Regel nicht als Zustandsbeschreibung, sondern als Aufruf zu einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung zu verstehen (Brand/Brad 2019).

Diese Veränderung ist jedoch umkämpft (siehe zum Beispiel Zilles et al. 2022). Um die vielfältigen Konflikte, die in diesem Kontext geführt werden, zu erfassen, wird der Begriff der sozial-ökologischen Transformationskonflikte herangezogen. Als Sammelbezeichnung dient er zur Beschreibung „eine[r] Vielzahl von gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen, die durch die ökologische Krise sowie durch die Maßnahmen, ihr zu begegnen, ausgelöst, geprägt, hervorgebracht oder dynamisiert werden“ (Graf et al. 2023, siehe auch Sommer/Schad 2022). Dabei ist kennzeichnend, dass

die soziale und die ökologische Achse zunehmend verwoben und oft kaum noch voneinander zu trennen sind (Dörre 2020). In gesellschaftstheoretischer Hinsicht verweist Klaus Dörre daher darauf, dass sich der „für kapitalistische Gesellschaften strukturprägende industrielle Klassenkonflikt [...] mehr und mehr in einen sozial-ökologischen Transformationskonflikt“ verwandele (Dörre 2020: 24). Eversberg et al. sprechen daher auch von einem „sozial-ökologischen Klassenkonflikt“ (2024).

Wie sich nun innerhalb dieser Transformationskonflikte sozial-ökologische Politik durchsetzen kann, ist eine offene und viel diskutierte Frage. Die Bezeichnung sozial-ökologische Politik bzw. sozial-ökologische Politikansätze verwende ich in diesem Artikel, um vorgeschlagene oder praktizierte Maßnahme oder Gruppen von Maßnahmen zu bezeichnen, mittels derer die sozial gerechte ökologische Transformation praktisch umgesetzt werden soll (Brand/Wissen 2024). Dabei ist ökologische Politik jedoch nicht zwingend sozial gerecht und vice versa. Mit Blick auf konkrete Akteure und Politiken werde ich daher mitunter getrennt von „sozialen“ oder „ökologischen“ Ansätzen sprechen. Dies bedeutet nicht, dass deren Wirkung auf diesen Bereich beschränkt wäre. Jedoch handelt es sich dabei um Ansätze, die beides gerade nicht zusammendenken – und so gegebenenfalls auch negative Effekte im Bereich der anderen Dimension in Kauf nehmen.

Eine wichtige Erkenntnis bestehender Studien zu sozial-ökologischen Transformationskonflikten ist, dass das Zusammendenken von sozialen und ökologischen Ansätzen zentral ist, um Ängsten und Widerständen gegen die Transformation zu begegnen (Kaiser 2020, Sommer et al. 2023, Dörre et al. 2024). Statt in Form eines *labour environmentalism*, das heißt einem aktiven Engagement von Gewerkschaftler*innen und Arbeiter*innen für die Umwelt (Stavis et al. 2018) zusammengedacht zu werden, können sich andernfalls beschäftigungspolitische und ökologische Sorgen gegeneinander verselbstständigen, wie dies z.B. bei den Konflikten um den Kohleausstieg in der Lausitz der Fall war (Bose et al. 2019, Köster et al. 2020). Auch Mau et al. (2023) zeigen, dass es vor allem die feh-

lende soziale Gerechtigkeit und die Sorgen vor den Kosten der Transformation sind, die sozial schlechter gestellte Menschen mit Blick auf die Klimakrise umtreiben. Diese Sorgen werden von rechten Parteien und Medien mitunter aktiv geschürt, wie Studien zur AfD (Küppers 2024) oder der Debatte um das Heizungsgesetz zeigen (Jost et al. 2024). Hinter dem Verweis auf die soziale Schlagseite von Klimapolitik stehen hier in der Regel ideologische oder wirtschaftliche Interessen, wie die Forschung zu *climate obstruction* in Deutschland offenbart (Brunnengräber et al. 2024, August et al. 2025, August 2024a). Diese politischen Kräfte wären entsprechend auch mit sozialen Argumenten nicht zu überzeugen – im Gegenteil zeigt eine internationale Studie, dass zumindest rechtsradikale Parteien von sozialer Ungleichheit profitieren (Proaño et al. 2024). Eine internationale Meta-Studie zeigt jedoch auch, dass im Gesamtbild nichts die Akzeptanz von Klimapolitik derart positiv beeinflusst, wie ihre wahrgenommene soziale Gerechtigkeit (Bergquist et al. 2022).

Aus diesen Erwägungen folgt, dass das Zusammenführen von sozialen und ökologischen Forderungen im Sinne einer *just transition* eine wichtige Erfolgsbedingung sozial-ökologischer Transformationspolitik ist (Morena et al. 2019, Wissen/Brand 2021, Kaiser 2020). Doch damit sind Konflikte nicht überwunden, wie der Verweis auf *climate obstruction* bereits impliziert. Nach wie vor folgt aus „der Unverträglichkeit vieler materieller Interessen und kultureller Lebensmuster, aus den vielen Zielkonflikten, die sich im Zuge eines ökologischen Umbaus ergeben [...], dass sozial-ökologischer Wandel nur durch ausgetragene Konflikte überhaupt erst möglich wird“ (Neckel 2023). Um die Erfolgsmöglichkeiten einer sozial-ökologischen Politik zu bestimmen, sollten daher der Konfliktverlauf und dessen Rahmenbedingungen untersucht werden (Sommer/Schad 2022).

Trotz der zentralen Stellung des Konfliktbegriffs wird dieser in bestehenden Studien zu sozial-ökologischen Transformationskonflikten noch selten konzeptualisiert oder anderweitig auf die soziologische Konflikttheorie zurückgegriffen. Ausnahmen sind z.

B. Kristina Dietz und Bettina Engels, die schon früh für eine konflikttheoretische Analyse von Konflikten um Natur plädierten (Dietz/Engels 2013). Neuere Anwendungen finden sich in Studien zur Dynamik der Konflikte rund um Fridays for Future und die Letzte Generation (August 2024a) sowie zu lokalen Energie-wendekonflikten (Radtke 2023, Eichenauer/Gailing 2022). In Abgrenzung zur lange verbreiteten Akzeptanzforschung rücken letztere Konflikte ins Zentrum, um diese auf ihre Einflussfaktoren und (Dys-)Funktionalitäten hin zu befragen. Dörre (2020, siehe auch Dörre et al. 2024) nimmt Bezüge auf konflikttheoretische Arbeiten vor allem in klassentheoretischer Hinsicht vor. Diese Arbeiten zeigen bereits die produktive Wirkung konflikttheoretischen Denkens für aktuelle Transformationskonflikte. Um dieses Potenzial noch weiter auszubauen, schlage ich im Anschluss an das Plädoyer von August (2024a) für eine konflikttheoretische Perspektive vor, die Phase der Interessensformierung sowie die institutionellen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf den Konfliktverlauf zu analysieren. Um das Potenzial einer solchen Perspektive auf Transformationskonflikte empirisch zu veranschaulichen, wende ich mich in der Analyse zwei Konflikten zu, die in Anlehnung an den sozialpartnerschaftlichen Rahmen geführt wurden.

2. Organisierung und Institutionalisierung in der Konflikttheorie

Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien im Allgemeinen zeichnen sich dadurch aus, dass sie soziale Konflikte als historisch konstanten und unvermeidbaren Bestandteil moderner Gesellschaften und als potenziell wichtigen Treiber gesellschaftlichen Wandels ansehen (Bonacker 2009, Coser 1956, Kuppler/Bechthold 2022). Auch wenn es keine einheitliche Definition von sozialen Konflikten gibt, so lassen sich doch Charakteristika benennen, die fast alle Konfliktdefinitionen teilen. Ein Konflikt liegt demnach vor, wenn es zu einer manifesten, das heißt

sichtbaren oder artikulierten Unvereinbarkeit von Zielen von mindestens zwei Parteien kommt (Kriesberg 1998: 2). Ein zusätzliches Element, das einige, jedoch nicht alle Konflikttheorien miteinbeziehen, ist die Rolle von Macht- bzw. Herrschaftsverhältnissen. Diese verursachen und strukturieren Konflikte und ihre Korrektur beziehungsweise Überwindung wird in einigen Konflikttheorien als das zentrale Ziel sozialer Konflikte angesehen (Dahrendorf 1957, Dietz/Engels 2022, August/Westphal 2024). Mit einem solchen herrschaftskritischen Konfliktbegriff geht in der Regel ein Verständnis von Konflikten als Interessenkonflikten einher (Dahrendorf 1957). Es sind demnach Interessen als Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen, auf deren Basis sich Gruppen zu Konfliktparteien zusammenfinden und um die dann gestritten wird. Ich möchte einem solchen Verständnis von Konflikten als Interessenkonflikten folgen, ohne dabei Interessen auf ihre materielle Dimension zu reduzieren.

Interessen in einem konflikttheoretischen Sinne lassen sich nicht ohne weiteres aus einer bloßen Beobachtung struktureller Ungleichheiten bzw. der materiellen Verhältnisse ableiten. Das zeigt sich bereits im ersten Aspekt, den ich unter Rückgriff auf die Konflikttheorie nun darstellen und anschließend anhand der Beispiele betrachten möchte: Für das Zustandekommen eines Konfliktes müssen Interessen organisiert werden – und wie das geschieht, hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Konfliktodynamik (August/Westphal 2024). Das heißt: Soziale Konflikte sind voraussetzungsvoll. Die Existenz einander widersprechender *latenter* Interessen begründet noch keinen Konflikt. Erst wenn Interessen *manifest* werden, kann von einem Konflikt gesprochen werden. Dies geschieht nach Dahrendorf (1957), indem sich Interessengruppen bilden. Die Bildung dieser Gruppen ist wiederum abhängig von einer Reihe technischer und politischer Voraussetzungen (Dahrendorf 1957, Tilly/Tarrow 2015). Auch Mau et al. (2023) verweisen darauf, dass Interessen und Einstellungen erst manifest, das heißt politisiert, mobilisiert oder sogar organisiert werden müssen, damit gesellschaftliche Konflikte entstehen. „Auseinandersetzungen

sind zwar strukturell angelegt; ob und wie sie ausgetragen werden, entscheidet sich aber am Handeln politischer Akteure“ (Mau et al. 2023: 393). Im Prozess des Manifest-Werdens spielt nun die Klassenlage eine wichtige Rolle. Sie prägt kulturelle Einstellungen ebenso wie die Bedingungen der Mobilisierung (Collins 1974: 162 f., Offe/Wiesenthal 1980). Einen Determinismus, wonach sich aus einer bestimmten materiellen Situation eine bestimmte bewusste Interessenlage herausbildet, gibt es jedoch nicht (Mau et al. 2023: 390). Aus der sozialen Lage können je nach zur Verfügung stehenden moralischen Repertoires und Deutungsangeboten unterschiedliche Schlüsse bezüglich der zu verfolgenden Ziele gezogen werden (Münnich 2011, Mau et al. 2023: 43, Bonacker 2009: 192 f.).

Schon im Vorfeld des eigentlichen Konfliktes kommt folglich die Bedeutung von Institutionalisierung zum Tragen. Eine Minimaldefinition von Institutionen in der Soziologie fasst diese als „mehr oder weniger formalisierte Handlungsregeln, die gegebenenfalls zu Bestandteilen einer organisierten Handlungsstruktur werden können, aber nicht müssen“ (Stachura 2014: 200). Mit Blick auf die in diesem Artikel beleuchteten Zusammenhänge zwischen Institutionen und Konflikten interessieren jedoch gerade Institutionen, die zumindest bis zu einem gewissen Grad formal organisiert sind. Organisationsprozesse im Sinne eines Zusammenschlusses zu einer Interessengruppe und eines organisierten Handelns werden entsprechend auch als Institutionalisierungsprozesse gefasst. Unter den hier verwendeten Institutionenbegriff fallen demnach sowohl organisierte Akteure, z. B. Gewerkschaften, wie auch Formen der Konfliktaustragung, z. B. Kommissionen (Jasper/Duyvendak 2015).

Dem Anthropologen Georg Elwert zufolge haben Akteure immer die Wahl, ob sie Konflikten mit Gewalt, Vermeidung oder Verfahren begegnen (Elwert 2015). In modernen Gesellschaften werden Konflikte vielfach institutionalisiert ausgetragen und somit von einem Konflikt mit offener Gewaltausübung in zivile, verfahrensbasierte Konfliktaustragung überführt (Bonacker 2009). Zahlreiche Institutionen der

Konfliktaustragung gehen demnach strukturell mit einem niedrigen Grad von Gewalt einher und begrenzen durch ihre Verhaltensregeln die Möglichkeiten einer Eskalation (August/Westphal 2024). Deitelhoff und Schmelzle (2023: 82 ff.) zufolge können Institutionen Konflikte sowohl strukturieren als auch absorbieren und regulieren. Sie strukturieren sie, indem sie den Zugang, die Ziele und den Verlauf von Konflikten regeln. Sie absorbieren sie, insofern sie die Logik der Generalisierung von Konflikten beschränken und voraussetzen, dass Konfliktparteien ihre Forderungen konkret und gemeinwohlorientiert formulieren. Schließlich regulieren sie Konflikte und stellen insbesondere sicher, dass die Beteiligung an Konflikten nicht mit existenziellen Risiken verbunden ist. Die Konfliktparteien müssen außerdem überzeugt sein, dass die Institutionen dauerhaft existieren und Machtwechsel möglich sind (Deitelhoff/Schmelzle 2023: 84). In dem Maße, in dem Konflikte institutionalisiert ausgetragen werden, haben die spezifischen Institutionen, innerhalb derer dies geschieht, einen starken Einfluss auf die Dynamik. Institutionen prägen also Konflikte, umgekehrt wirkt sich aber auch der Verlauf von Konflikten seinerseits auf Institutionen aus und es können sich im Zuge der Konfliktaustragung neue Institutionen herausbilden (Eckert 2015, Dörre 2017).

Doch Institutionen bilden nicht nur den Rahmen von Konflikten. Institutionalisierung und ihre Effekte können auch selbst als Strategie in Konflikten genutzt werden. So diente die Institutionalisierung im vergangenen Jahrhundert als Mittel zur Einhegung und Befriedung des industriellen Klassenkonfliktes. Um zu vermeiden, dass Lohnabhängige ihre Konflikte weiter durch Sabotage, Blockaden, Massenstreiks und Aufstände austrugen, wurden Gewerkschaftsfunktionäre als deren Vertretung an den Verhandlungstisch mit Arbeitgebervertretern geholt und der Staat gewährte den Konfliktparteien Autonomie in der Verhandlung von Tariffragen (Flemming 2022: 81 ff.). Weitgehend unregelte Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit wurden so in ein kooperatives Verhältnis auf Basis wechselseitiger

Anerkennung überführt. Statt von der direkten Auseinandersetzung war dieses – als Sozialpartnerschaft oder Korporatismus bezeichnete – Zusammenwirken fortan von einem hohen Maß an Konsens- bzw. Kompromissorientierung geprägt (Flemming 2022). Im Rahmen der vom Staat genehmigten Autonomie bemühten sich die Beteiligten um einen Interessenausgleich. Die Voraussetzung war auch hier die Organisierung von Interessen in Gruppen: In der sozialpartnerschaftlichen Lesart „fungierten die jeweiligen Sozialparteien, die Kapital und Arbeit repräsentieren, als Organisationen des Interessenmanagements. Sie übernahmen das Geschäft der pragmatischen Austragung der Interessengegensätze durch Verhandlungen, Schlichtungen und Arbeitskämpfe“ (Flemming 2022: 83).

Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit wurde durch die Bildung von Interessengruppen und die darauffolgende Institutionalisierung verstetigt, aber zugleich seines revolutionären Potenzials beraubt (Dahrendorf 1957). An die Stelle der Revolution trat der inkrementelle Strukturwandel als Leitbild sozialen Wandels (Dahrendorf 1957: 233 f.). Statt im Klassenkampf wähte man sich nun in einer Sozialpartnerschaft, in der durch eine wiederkehrende und formalisierte Konfliktaustragung Stück für Stück Veränderung erreicht werden kann. Für die Gewerkschaften als Vertretung der Lohnabhängigen ging aus diesem Modell ein bis heute anhaltendes Spannungsverhältnis zwischen Kompromissbereitschaft und Konfliktorientierung einher (Flemming 2022: 81 ff.), das auch den Verlauf sozial-ökologischer Transformationskonflikte prägt.

Bevor ich zu den empirischen Fällen übergehe, sollen hier noch einmal die Analysedimensionen, die sich aus der Darstellung der Konflikttheorie ergeben, zusammengefasst werden. Die erste Dimension gilt der Interessenorganisierung – sind Interessen organisiert und wenn ja, wie? Werden soziale und ökologische Anliegen in Einklang oder in Konkurrenz zueinander gebracht? Die zweite Analysedimension bezieht sich auf das Ob und Wie der institutionellen Rahmung. Wird der Konflikt institutionalisiert ausgetragen und wenn ja, in welchem Format? Diese Di-

mension kann in ihrer Wirkung sodann ausdifferenziert werden, indem danach gefragt wird, auf welche Weise der institutionelle Rahmen den Konflikt strukturiert. Um das Verhältnis der institutionalisierten Konfliktaustragung im engeren Sinne zu weniger institutionalisierten Formen besser zu verstehen, sollen zudem die Konfliktstrategien außerhalb des identifizierten institutionellen Rahmens miteinbezogen werden. Aus diesen Analysedimensionen ergibt sich ferner auch die Definition des eingangs erwähnten Scheiterns sozial-ökologischer Politikansätze: Unter Scheitern soll hier verstanden werden, dass in einem Transformationskonflikt entweder von vorneherein keine sozial-ökologische Interessenvertretung zustande kommt oder diese sich mit ihren Zielen in den Institutionen der Konfliktaustragung nicht durchsetzen kann.

3. Institutionalisierung in aktuellen Konflikten

Fallauswahl und methodische Herangehensweise

Die nun folgende Analyse zweier empirischer Beispiele bezieht sich zum einen auf Konflikte in der und um die Kommission für Wachstum, Beschäftigung und Strukturwandel (die sogenannte Kohlekommission) und zum anderen auf die von der Gewerkschaft ver.di gemeinsam mit Fridays for Future aufgebaute Kampagne *Wir fahren zusammen*. Für die Auswahl dieser Fälle waren mehrere Gründe ausschlaggebend. Es handelt sich bei beiden Fällen um bundesweit ausgetragene Konflikte, die zentrale Sektoren einer sozial-ökologischen Transformation betreffen. In beiden Fällen verläuft die Konfliktaustragung – zumindest teilweise – institutionalisiert, mehr noch, sie ist an das sozialpartnerschaftlich korporatistische Modell angelehnt. Damit wird in diesen Fällen das Zusammenwirken von sozialer und ökologischer Dimension besonders sichtbar und es besteht eine hohe Anschlussfähigkeit an die Konflikttheorie. Diese hat sich vielfach dem industriellen Klassenkonflikt und damit auch der Sozialpartnerschaft als seinem insti-

tionellen Rahmen gewidmet. Die Fälle können so auch instruktiv sein mit Blick auf die Frage, wie sich gesellschaftliche Institutionen der Konfliktaustragung im Übergang vom industriellen Klassenkonflikt zum sozial-ökologischen Transformationskonflikt verändern.

Die Analyse erfolgt damit auf Basis – und im Vergleich – zweier ähnlich gelagerter Fälle. So kann herausgearbeitet werden, wie die konkreten Bedingungen der Interessenorganisation und Institutionalisierung einen divergierenden Einfluss auf den Verlauf von Konflikten haben können, auch wenn diese in wesentlichen Punkten Parallelen aufweisen (Kuehn 2020). Aus einer solchen Fallauswahl ergeben sich jedoch auch offensichtliche Beschränkungen: Eine Aussagekraft der Ergebnisse ist nur für ähnlich gelagerte Konflikte gegeben. Konflikte, die in einem ganz anderen Rahmen (z. B. vor Gericht) oder ohne klaren institutionellen Rahmen ausgetragen werden, bringen dagegen je eigene Implikationen mit sich und müssen einer gesonderten Betrachtung unterzogen werden.

Für den vorliegenden Artikel wurde zunächst für jeden der Fälle ein Materialkorpus erstellt. Die Auswahl der Quellen erfolgte dabei mit dem Ziel, eine möglichst breite Informationsbasis für die Rekonstruktion der Akteurskonstellationen, der wesentlichen Streitpunkte, des Verlaufs der Konflikte sowie möglicher Einflussfaktoren zu schaffen.

Die Fallstudie zur Kohlekommission basiert auf leitfadengestützten Interviews (Helfferich 2011) mit neun Mitgliedern der Kommission aus den unterschiedlichen vertretenen Bereichen (siehe Anhang 1), die im Rahmen des Forschungsprojektes „Ökologische Konflikte“ von Dezember 2023 bis Februar 2024 geführt wurden. Die Interviews wurden mithilfe einer zusammenfassenden und strukturierenden qualitativ orientierten Inhaltsanalyse (Mayring 2010) ausgewertet, um die Akteurs- und Interessenkonstellationen sowie die (institutionellen) Einflussfaktoren auf den Verlauf des Konfliktes zu rekonstruieren. Dazu habe ich zunächst deduktiv ein Kategorienschema erstellt, das die Überkategorien Akteure, Konfliktgegenstand, Konfliktdimension (insb. Einigkeit/

Konflikt/Kompromiss), Konfliktstrategien (z. B. Demonstrationen, Allianzbildung, Verhandlungen) und Einflussfaktoren (z. B. Verhältnis der Konfliktparteien, Ressourcen, (Medien)Öffentlichkeit) umfasste und eine erste Probecodierung des Materials vorgenommen. In einem zweiten Kodierschritt habe ich die ursprünglichen Kategorien um induktive (Unter-) Kategorien erweitert (Kuckartz 2018) und das gesamte Material mit dem vollständigen Kodierleitfaden erneut codiert. Die kodierten Elemente wurden daraufhin ausgewertet, um Häufigkeiten und inhaltliche Sinnedimensionen zu identifizieren. Ergänzend wurden Dokumente aus der Arbeit der Kommission wie Pressemitteilungen, Berichte und Stellungnahmen hinzugezogen, um den Verlauf des Konfliktes und seiner zentralen Streitfragen zu rekonstruieren.

Die Analyse von *Wir fahren zusammen* basiert auf der Erhebung bestehender Dokumente (Bowen 2009). Im Rahmen einer internetbasierten Suche habe ich dafür Dokumente aus den unterschiedlichen Phasen des Konfliktes sowie von unterschiedlichen beteiligten Akteuren gesammelt. Die Zusammenstellung umfasst Pressemitteilungen ebenso wie Aktionsmaterialien und Artikel mit strategischen Überlegungen von Beteiligten. Die Dokumente wurden in der Folge gesichtet und angeleitet durch die konflikttheoretische Perspektive zum Zwecke der Illustration ausgewertet.

Fallbeispiel Kohlekommission

Die Kohlekommission wurde 2018 von der Bundesregierung in der Hoffnung eingesetzt, sie möge einen Kompromiss für den Ausstieg aus der Kohle finden und damit wieder Bewegung in den erstarrten politischen Prozess bringen (Löw Beer et al. 2021). Kommissionen sind in der Politik ein etabliertes Instrument, um bei strittigen Themen einen tragbaren Kompromiss zu erreichen (Gürtler et al. 2021: 3). Zu den Mitgliedern der Kohlekommission zählten insbesondere Vertreter*innen von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Umweltverbänden, aus der Wissenschaft und der Lokalpolitik. Die Gruppen hatten

sich bereits im Vorfeld der Kommission zur Frage der Kohleverstromung organisiert und ihre Interessen waren entsprechend manifest geworden: Seit Jahren gab es Proteste gegen Kohlekraftwerke und Umweltverbände forderten einen zügigen Ausstieg. Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften stellten demgegenüber vor allem die Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplatzverluste in den Vordergrund. Die Grundkonstellation entsprach so einem „job versus environment“ Dilemma (Räthzel/Uzzell 2011, Hervorhebungen im Original) – das heißt einem tatsächlichen oder auch nur wahrgenommenen Widerspruch zwischen den Interessen der arbeitenden Bevölkerung und dem Klimaschutz (Kalt 2021). Diese Organisation von sozialen und ökologischen Interessen als einander gegenüberstehend, potenziell sogar widerstreitend, schlug sich auch in der Austragung des Konfliktes in der Kommission nieder (IN 01, 04, 05, Haas et al. 2022, Hermwille/Kiyar 2022), in dem sie statt eines sozial-ökologischen Bündnisses eine Allianz zwischen Gewerkschafts- und Wirtschaftsvertretern begünstigte.

Anders als in Tarifkonflikten begegneten sich Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften hier nicht als Gegenspieler. Vielmehr bestand zwischen ihnen Einigkeit darüber, dass das Ziel nicht ein möglichst zügiger Ausstieg aus der Kohle sein sollte (Hermwille/Kiyar 2022). Auch viele Beschäftigte standen den Forderungen und Aktionen der Klimaaktivist*innen ablehnend gegenüber (IN 05, dpa 2018, Köster et al. 2020). Versuche der Umweltverbände, ökologische und soziale Forderungen gemeinsam zu artikulieren, blieben daher weitgehend erfolglos, obwohl es deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Gewerkschaften gab. In ihrer Studie zu den Positionen der beteiligten Gewerkschaften zum Kohleausstieg schreibt Jenny Kurwan: „Die IG BCE widersprach den Umweltverbänden in ihrer Argumentation hinsichtlich Klimaschutz und Kohleenergie, der DGB ging kaum auf sie ein und ver.di schloss sich den Argumenten der Umweltverbände in Grundzügen an“ (Kurwan 2021: 94). Für die Kommission einigten sich die Gewerkschaften jedoch auf eine gemeinsame Li-

nie, die bestimmt war von der IG BCE Position, die den Großteil der betroffenen Beschäftigten vertrat (Hermwille/Kiyar 2022: 28).

Ausschlaggebend für die Dominanz der sozialpartnerschaftlichen Akteure war neben der Interessensformierung der institutionelle Rahmen der Kommission. Durch ihn waren der Zugang, der Verlauf und der Gegenstand der Auseinandersetzung stark vorkonstruiert und reglementiert. Die Bundesregierung ernannte die Kommissionsmitglieder und legte deren Mandat fest. Zwar wurde mitunter hervorgehoben, dass viele unterschiedliche Gruppen vertreten waren (Löw Beer et al. 2021: 403). Am Ende waren es jedoch die traditionell sozialpartnerschaftlichen Akteure, die die Kompromissfindung maßgeblich prägten und sich mit ihren Forderungen weitgehend durchsetzen konnten (IN 01, 03, 06, 08, Haas et al. 2022). Ausschlaggebend dafür war jenseits der durch die Interessenlage und die wechselseitige Bekanntschaft erleichterte Allianzbildung (IN 06, 08) vor allem, dass sie bereits Kommissionserfahrung und politisches Verhandlungsgeschick mitbrachten (IN 03, 05).

Faktisch setzten sich so im institutionellen Rahmen einer an das sozialpartnerschaftliche Modell angelehnten politischen Kommission auch die Gerechtigkeitsvorstellungen der entsprechenden Akteure durch – ausgerichtet auf Sozialverträglichkeit, Strukturwandel und Ausgleichszahlungen für Unternehmen (IN 03, 06, 08, Kalt 2023). Ökologische Faktoren – und schon gar die Dimension des Ausstiegs als globalem Gerechtigkeitsproblem (Kalt 2023) – gerieten so in den Hintergrund (Reitzenstein et al. 2019). Dies kritisierte ein Teil der Mitglieder bereits beim Abschluss der Kommission in einem Sondervotum sowie in nachfolgenden Stellungnahmen zu den Umsetzungsgesetzen (KWSB 2019: 119, Praetorius et al. 2020).

Dass die Klimabewegung in den Konflikten um den Kohleausstieg überhaupt etwas erreichen konnte, wurde von Mitgliedern der Kommission darauf zurückgeführt, dass sie jenseits der Beteiligung an der institutionalisierten Konfliktbearbeitung auch von *außen* Druck gemacht hätte (Grothus/Setton 2020,

Niebert 2019). Das ist zwar nicht unumstritten und es gibt auch Klimaaktivisten, die argumentieren, „[d]er Kohleausstieg 2038 wäre wohl in Abwägung von Standort-, Länder-, Gewerkschafts- und Konzerninteressen genauso beschlossen worden, wenn es keine Klimabewegung gäbe und sich absolut niemand in der Kohlekommission überhaupt für die Klimazerstörung durch Braunkohle interessiert hätte“ (Thiele 2024). Dennoch gehen Mitglieder der Kommission davon aus, dass der Druck, der durch die Besetzung des Hambacher Waldes und die dortigen Solidaritätsdemonstrationen geschaffen wurde, die Verhandlungsmasse zugunsten der Klimavertreter*innen in der Kommission gestärkt habe (IN 06, Grothus/Setton 2020).

Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass im Fall der Kohlekommission die Organisierung der Interessen so verlief, dass kein gemeinsames sozial-ökologisches Interesse formuliert wurde. In der Konkurrenz zu sozialen Anliegen gerieten ökologische Gesichtspunkte ins Hintertreffen. Begründet war das wesentlich auch durch den institutionellen Rahmen, innerhalb dessen der Konflikt um den Kohleausstieg ausgetragen wurde. Dieser war sowohl bei der Besetzung wie der Konfliktführung stark an sozialpartnerschaftliche Formen angelehnt und trug so dazu bei, dass sich eine „konservierende Klassen(fraktions)politik“ (Dörre 2020: 56) – anstelle einer sozial-ökologischen Transformationspolitik – durchsetzen konnte.

Fallbeispiel Wir fahren zusammen

Ein Beispiel für einen Transformationskonflikt, der in der sozialpartnerschaftlichen Grundstruktur zwar einige Parallelen aufweist, sich aber zugleich in vielfacher Hinsicht von den Auseinandersetzungen in und um die Kohlekommission unterscheidet, sind die Auseinandersetzung um die Tarifverhandlungen 2024 im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Mit Blick auf die erste Analysedimension, die Organisierung von Interessen, ist offenbar, dass diese bereits manifest waren, da den Tarifrunden die Organisierung von Interessen in Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zu Grunde liegen. Die Beson-

derheit dieser Tarifrunde bestand jedoch darin, dass ver.di nicht nur Forderungen stellte, die die Tarifverhandlung selbst betrafen. Vielmehr schloss sie mit Aktivist*innen von Fridays for Future das Bündnis *Wir fahren zusammen*. Dieses forderte in einer Petition jenseits von guten Arbeitsbedingungen und mehr Personal auch „Mobilität für alle“ und den Ausbau des ÖPNV. Es kam hier folglich zu einer gemeinsamen sozial-ökologischen Interessensbildung (Climate.Labour.Turn 2023), die auch den Verlauf des weiteren Konfliktes prägte. Schon im Vorfeld des eigentlichen Tarifstreits fand dafür Organisationsarbeit statt (Klima und Klasse 2024). Bereits in der Tarifrunde 2020 hatte sich Fridays for Future mit den Beschäftigten des ÖPNV solidarisiert (ver.di 2020). In Dutzenden Städten vernetzten sich seitdem Klimaaktive mit Beschäftigten und warben um deren Vertrauen. Ihr Ziel war es, ein gemeinsames Interesse zu formulieren und dafür zu kämpfen (Klima und Klasse 2024). Die Bemühungen waren erfolgreich und so startete im Herbst 2023 die Bewegung für die Tarifrunde im darauffolgenden Jahr.

Prägend für den weiteren Verlauf war neben der gemeinsamen Interessensbildung jedoch mindestens ebenso das institutionelle Gefüge, in dem sich der Konflikt bewegte. Relevant sind in diesem Zusammenhang einerseits die Tarifverhandlungen als solche und andererseits die Bemühungen des Bündnisses, den Konflikt in die breite Öffentlichkeit zu tragen.

Die Tarifrunde selbst legte einen engen Rahmen mit Blick auf die Teilnahme und den Verlauf fest. Als Kernelement der Sozialpartnerschaft war auch hier eine Kompromissorientierung vorgegeben (Flemming 2022), wobei Konfliktaktionen wie Streiks bis zu einem gewissen Grad von beiden Seiten einkalkuliert und ritualisiert sind (Wiedemuth 2017). Die Institution der Tarifauseinandersetzung gab außerdem vor, welche Forderungen überhaupt von den beteiligten Tarifparteien geäußert werden konnten (§1 Abs. 1 TVG). Ein bundesweites Investitionsprogramm konnte ver.di in diesem Rahmen ebenso wenig fordern wie einen bezahlbaren ÖPNV. Ein wesentlicher Teil

der gemeinsamen Forderungen des Bündnisses fand deshalb nur in der Petition Platz. In den institutionalisierten Konfliktbearbeitungsrahmen der deutschen Sozialpartnerschaft hingegen konnte er aufgrund der diesem inhärenten Beschränkungen keinen Einzug finden. Das Bündnis bemühte sich daher, die nicht beschäftigungspolitischen Forderungen flankierend vorzubringen – in der erwähnten Petition, in der Öffentlichkeitsarbeit und bei Aktionen, die die eigentlichen Tarifstreiks begleiteten. Dennoch gelang es nicht, den nötigen Druck auf die politischen Verantwortlichen – die selbst nicht mit am Verhandlungstisch saßen – aufzubauen, um die Forderungen, die die Verkehrswende als Ganzes betrafen, umzusetzen. Eine der beteiligten Gruppen stellte denn auch fest: „Aus ‚Streiken für die Verkehrswende‘ wurde in der Praxis eher ‚Streiksoli für den Tarifabschluss‘“ (Klima und Klasse 2024). Mit Blick auf den Abschluss der Tarifrunde selbst zog ver.di ein „positives Fazit“ (ver.di 2024), da in zahlreichen Bundesländern Entlastungen erreicht werden konnten. Die Forderung nach einem Investitionsprogramm für einen massiven Ausbau eines bezahlbaren ÖPNV konnte politisch jedoch nicht wirkmächtig werden. Als Erfolg vermeldete ver.di jedoch, dass das Bündnis das Thema Arbeitsbedingungen im ÖPNV den Bürger*innen und Politiker*innen nähergebracht und gezeigt habe, „dass Beschäftigteninteressen und Klimaschutz kein Gegensatz sind“ (ver.di 2024).

4. Diskussion: Chancen und Risiken institutionalisierter Konfliktstrategien

Im letzten Teil des Artikels werde ich nun ausgehend von den zwei Beispielen und vor dem Hintergrund der Konflikttheorie diskutieren, wie die Organisation von Interessen und der Grad und die Form der institutionellen Rahmung sozial-ökologische Transformationskonflikte prägen. Welchen Einfluss hat die Phase der Interessensformierung auf den Konflikt? Wie wirkt sich der institutionelle Rahmen auf dessen Verlauf aus? Welche Chancen und Risiken gehen mit einer institutionalisierten

	Kohlekommission	Wir fahren zusammen
Manifeste Interessen	Ja	Ja
Sozial-ökologische Interessensorganisation	Nein. Umweltverbände und Gewerkschaften agieren weitgehend unverbunden oder gar gegeneinander	Ja. Bündnis von Friday for Future und ver.di
Einbettung des Konflikts in bestehende Institutionen	Ja (Kommission)	Ja (Tarifverhandlungen)
Vorgaben/Strukturierung durch institutionellen Rahmen	Teilnehmer*innen, Mandat, Kompromissorientierung	Teilnehmer*innen, Mandat i.S.v. Inhalt des Tarifvertrags nach TVG, Kompromissorientierung
Begleitende Konfliktführung außerhalb des institutionellen Rahmens	Ja. Demonstrationen, Öffentlichkeitsarbeit, ziviler Ungehorsam (Besetzung)	Ja. Petition und Klimastreik

Tabelle 1: Vergleich der Fälle entlang der Analysedimensionen

Konfliktaustragung einher?

Bei den hier betrachteten Fällen ging die Organisation von Interessen – in Einklang mit den Annahmen der Konflikttheorie – dem eigentlichen Konflikt voraus. Die Interessensbildung erfolgte jedoch sehr unterschiedlich: Einmal kam es zu einer Konkurrenz zwischen ökologischen und sozialen Interessen; das andere Mal gelang es, als Bündnis ein sozial-ökologisches Programm zu formulieren und für dieses in den Auseinandersetzungen einzutreten. Es liegt nahe, dass dies auch im Gegenstand der Auseinandersetzung begründet war. Die Formulierung einer gemeinsamen positiven Vision fällt leichter, wenn es wie beim ÖPNV um den Ausbau bereits bestehender Arbeitsplätze geht (Lucht/Liebig 2023, Kaiser 2020). Jedoch ist der Zusammenschluss zu einer sozial-ökologischen Allianz auch dann kein Automatismus. Das Beispiel *Wir fahren zusammen* bestätigt die konflikttheoretische Annahme, dass ein solches Interesse nicht einfach vorliegt, sondern an Voraussetzungen geknüpft ist und organisiert werden muss. Die Klassenlage der ÖPNV-Beschäftigten bot eine strukturelle Ausgangslage, von der aus mit Rückgriff auf bestehende Netzwerke und Erfahrungen in einem kleinteiligen und zeitintensiven Organisationsprozess gemeinsam eine sozial-ökologische Allianz aufgebaut wurde (Climate.Labour.Turn 2023). Dabei stellten insbesondere die gesellschaftliche Veranke-

rung der gewerkschaftlichen Arbeit vor Ort, das Engagement einzelner Personen sowie generationelle und lebensweltliche Differenzen der Beteiligten Herausforderungen und Schlüsselfragen für den Erfolg dar (Lucht/Liebig 2023). Was den Grad und die Form der institutionellen Einbettung und deren Auswirkung auf die Konfliktodynamik angeht, so lassen sich unterschiedliche Effekte beobachten. Gemäß der soziologischen Konflikttheorie drückt sich in der Institutionalisierung von Konflikten die grundsätzliche Anerkennung der Konflikthaftigkeit von Gesellschaft sowie die dabei deutlich werdende Infragestellung des Bestehenden aus (Deitelhoff/Schmelzle 2023: 82). Diese Anerkennung sowie die Bindung an institutionalisierte Verfahren verringere gleichsam das Eskalations- und Gewaltpotenzial und erhöhe die Chance einer Kompromissfindung.

Institutionen der Konfliktaustragung fungieren in dieser Lesart grundsätzlich als ein wichtiger Rahmen für die Funktionalität und Produktivität von Konflikten in Gesellschaften. Diese zugleich ermöglichende wie regulierende Funktion war auch bei den hier diskutierten Fällen zu beobachten. Besonders bei der Kohlekommission wurde häufig lobend hervorgehoben, wie bemerkenswert es sei, dass sich die Beteiligten überhaupt an einem Tisch zusammengefunden und schließlich einen Kompromiss erzielt hätten. Die starke Strukturierung durch die Institution der poli-

tischen Kommission war dabei ein wichtiger Faktor, da bei allen Beteiligten ein ausgeprägtes Bewusstsein herrschte, dass in diesem Format ein Kompromiss erzielt werden sollte (IN 01, 05, 07). Innerhalb der Institution Kommission wurde dann aber auch die Institution der Sozialpartnerschaft wirkmächtig, die zum einen begünstigend dafür war, dass Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände gemeinsam agierten und sich so mit ihrem Programm durchsetzen konnten, und die zum anderen ihrerseits eine starke Kompromissorientierung vorgab.

Damit offenbart sich nun auch eine der beschränkenden Wirkungsweisen von Institutionalisierung. Insbesondere in der marxistisch orientierten Arbeits- und Industriesoziologie wurde vielfach diskutiert, dass und wie die Institutionalisierung – in diesem Fall des industriellen Konfliktes – eine Einhegung desselben bewirkt habe (Hyman 1982, Schaupp 2024). Beschränkungen sind dabei einerseits als ein Effekt jedweder Form der institutionalisierten Konfliktbearbeitung anzusehen: Konfliktparteien müssen sich dem gegebenen Rahmen – was mögliche Forderungen ebenso wie Konfliktstrategien angeht – anpassen, um beispielsweise nicht zu radikal zu erscheinen und sich dadurch zu disqualifizieren (Löw Beer et al. 2021: 403).

Andererseits zeigen die hier untersuchten Fälle, dass das Austragen sozial-ökologischer Konflikte im sozialpartnerschaftlichen Modell auch mit spezifischen Begrenzungen einhergeht. Das ist wesentlich darin begründet, dass dieses noch immer auf Konflikte entlang der Achse Kapital versus Arbeit zugeschnitten ist (Dörre 2020). Zwar wurde die Umwelt in der Produktionspolitik historisch stets mitverhandelt. Doch schließt zumindest der enge Rahmen der Sozialpartnerschaft bei vielen ökologischen Fragen aus, dass sie unter diesem Dach verhandelt werden können. Am Beispiel *Wir fahren zusammen* wurde deutlich, dass ver.di in den Tarifverhandlungen weder ein Investitionsprogramm hätte fordern können noch wäre es den Gewerkschaftsmitgliedern erlaubt gewesen, für eine solche Forderung zu streiken. Dies wäre als politischer Streik gewertet und damit verboten worden (Tschenker 2024). Selbst unter den gegebenen

Umständen versuchten die Leipziger Verkehrsbetriebe vor dem Arbeitsgericht – erfolglos – ein Verbot des Streiks zu erwirken, da es sich um einen politischen Streik handele (Tschenker 2024).

Auch in der Kohlekommission war der Rahmen durch das Mandat vorgegeben, das beispielsweise wachstumskritische Forderungen oder Forderungen nach einem sofortigen Kohleausstieg von vornherein außerhalb des Verhandelbaren verortete (Löw Beer et al. 2021: 403). In beiden Kontexten wären zudem Forderungen, die nicht kompromissfähig sind, als ein Bruch mit der grundsätzlichen Orientierung auf einen zu erreichenden Konsens erschienen.

Im Ergebnis, so zeigt die Diskussion der Fallbeispiele, ist eine sozial-ökologische Politik in der Kohlekommission schon in der Phase der Interessensformierung gescheitert. Der Kampagne *Wir fahren zusammen* gelang es dagegen, durch einen intensiven Prozess der Interessenorganisation, eine gemeinsame sozial-ökologische Konfliktposition einzunehmen. In beiden Fällen war die Austragung des Konfliktes im weiteren Verlauf stark durch die institutionellen Rahmenbedingungen geprägt. Dies betraf vor allem die Frage, wer Zugang zu den Räumen hatte, in denen der Konflikt ausgetragen wurde, welche Forderungen dort gestellt werden konnten und mit welcher Haltung und Expertise die Beteiligten sich durchsetzen konnten. Dabei hat sich gezeigt, dass der jeweilige institutionelle Rahmen auch dann mit erheblichen Beschränkungen einherging, wenn es gelang, soziale und ökologische Interessen zusammen zu führen.

Eine Übertragbarkeit dieser Befunde auf andere Konflikte ist dabei nur bedingt möglich und erfordert in jedem Fall weitergehende Forschung. Für diesen Artikel wurde bereits mit der Fallauswahl ein Fokus auf die Konflikte festgelegt, deren institutionelles Gefüge stark an das sozialpartnerschaftliche Modell angelehnt ist. Diese sind nicht mit der Institutionalisierung sozial-ökologischer Konflikte allgemein gleichzusetzen. Jedoch zeigen sich in diesen Fällen in besonderer Weise die Veränderungen im Zuge des Übergangs vom industriellen Klassenkonflikt hin zum sozial-ökologischen

Transformations- bzw. Klassenkonflikt.

5. Fazit

Am Anfang dieses Artikels stand die Annahme, dass wir Konflikte als Prozesse mit einer eigenen Dynamik ernst nehmen müssen, um zu verstehen, warum die allgegenwärtigen Konflikte nicht zu einem Durchbruch sozial-ökologischer Politik führen. Mithilfe eines konflikttheoretischen Analyserasters konnte anhand von zwei empirischen Beispielen gezeigt werden, dass die Art und Weise, wie Interessen in Konflikten organisiert sind sowie der institutionelle Rahmen der Austragung des Konfliktes einen entscheidenden Einfluss haben – und die Durchsetzung sozial-ökologischer Politik mitunter eher behindern als fördern. Der Anspruch war dabei von vornherein theoretisch und empirisch klar begrenzt. So konnten die Auswirkungen von Institutionalisierung anhand von zwei ähnlich gelagerten Fallbeispielen aufgezeigt werden. Die vorgefundenen Zusammenhänge müssen allerdings in weiterführenden empirischen Studien untersucht, detaillierter ausgearbeitet und auf andere Konfliktkonstellationen und institutionelle Formen und Foren übertragen werden.

Für zukünftige empirische Forschung zur sozial-ökologischen Transformation lassen sich dabei eine Reihe wichtiger Impulse mitnehmen: Angesichts der erwartbaren Konflikthaftigkeit der Transformation sollten Konflikte stärker in den Blick gerückt und als solche konzeptualisiert werden (so auch August 2024b). Dabei gilt es, die Interessensformierung nicht als etwas Vorgelagertes, sondern als Teil des Konfliktes zu begreifen und entsprechend in die Untersuchung mit einzubeziehen. Mit Blick auf die Bauernproteste 2023/2024 ließe sich beispielsweise die Genese der Interessen- und Akteurskonstellation nachzeichnen, um zu verstehen, warum und wie der Konflikt hier eskalierte. Zudem muss die Wirkung des institutionellen Rahmens auf den Verlauf von Konflikten stärker berücksichtigt werden. Das gilt für Konflikte in Anlehnung an das sozialpartnerschaftliche Modell ebenso wie für solche, die vor Ge-

richt oder innerhalb parlamentarischer Institutionen ausgetragen werden. Hier wäre beispielsweise die Rolle von rechtlichen Institutionen für den Verlauf von sozial-ökologischen Konflikten zu untersuchen und wie sich diese von den hier diskutierten Effekten unterscheidet. Insgesamt gilt es zu untersuchen, wie Konflikte durch die Institutionen ihrer Austragung geprägt werden, wie aber auch die Austragung von sozial-ökologischen Konflikten ihrerseits institutionellen Wandel herbeiführt und welche Konsequenzen sich daraus für die Möglichkeiten einer sozial-ökologischen Politik ergeben.

Für den Moment bleibt festzustellen, dass die Organisation von sozialen und ökologischen Interessen als einem gemeinsamen Interesse zu einer Stärkung beider Anliegen führen kann. Im vorliegenden Artikel konnte dies anhand des sozialpartnerschaftlichen Rahmens gezeigt werden. Aus der oben ausgeführten Annahme, dass es sich bei der ökologischen Krise inhärent auch um eine soziale Frage handelt, folgt jedoch, dass die Notwendigkeit der Zusammenführung nicht auf diesen Kontext beschränkt ist. Die frühe Phase der Interessensfindung prägt den weiteren Verlauf von Konflikten und schafft Voraussetzungen dafür, dass sich sozial-ökologische Politiken in den absehbaren Konflikten durchsetzen können.

Was die anschließende Institutionalisierung der Konflikte angeht, so bleiben die beobachteten Effekte zwiespältig. Institutionen können ein wichtiger Ort der Durchsetzung sozial-ökologischer Politik sein und es ist davon auszugehen, dass auch die hier beobachteten sozialpartnerschaftlichen Institutionen dabei relevant bleiben werden. Zum einen sind die Ursachen für die Klimakrise wesentlich in der Arbeitswelt bzw. der kapitalistischen Produktionsweise zu verorten, weshalb der Prozess ihrer Bearbeitung das Aushandeln der Sphären von Arbeit und Produktionspolitik unumgänglich miteinschließt (Schaupp 2024: 10 ff.). Zum anderen kann das Mitwirken an traditionell korporatistischen Verfahren aus Sicht der Klimabewegung eine Antwort auf die Suche nach der richtigen Strategie bieten: Die Massenmobilisierungen und Aktionen zivilen Ungehorsams, die das

letzte Jahrzehnt des Klimaaktivismus in Deutschland geprägt haben, haben sich abgenutzt (August 2024a). Die Institutionalisierung beziehungsweise die Beteiligung in bestehenden Institutionen bieten die Möglichkeit, den Konflikt jenseits kurzfristiger Mobilisierungen auf Dauer zu stellen und dabei bestehende Machtressourcen auf- und auszubauen (Dörre 2017). Ein Problem bleibt jedoch, dass besagte Institutionen häufig keinen Raum für weitergehende ökologische Forderungen lassen und auch in der Wahl der Konfliktstrategien beschränkend wirken. Für viele der Anliegen, für die angesichts der sich zuspitzenden ökologischen Krisen gestritten werden muss, reichen bspw. Tarifverhandlungen und das in diesem Rahmen garantierte Streikrecht in Deutschland nicht aus. Das Verbot politischer Streiks steht effektiven Bündnissen von Klimabewegung und Gewerkschaften im Weg (Tschenker 2024). Die Zulassung politischer Streiks dagegen könnte jenseits besserer Voraussetzungen für sozial-ökologische Bündnisse auch ein transformatives Potenzial in den bestehenden institutionellen Rahmen bringen (Schaupp 2024). Auch im Bereich des Rechts ist zu beobachten, wie versucht wird, die Grenzen des institutionellen Rahmens zu erweitern. Die von der Zivilgesellschaft 2020 eingereichten Verfassungsbeschwerden führten dazu, dass der Klima-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts neue Maßstäbe für zukünftige Klimaschutzgesetzgebung schuf – wenngleich diese derzeit von der Politik nicht eingehalten werden (Groß 2023). Bei der erfolgreichen Klage der „Klimasenior*innen“ vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wurde vor allem das ihnen aufgrund der „Besonderheit des Klimawandels“ zuerkannte Verbandsklagerecht als wegweisend eingestuft (beck-aktuell 2024), dass die institutionellen Voraussetzungen für zukünftige Klagen erweitert. Wo Möglichkeiten einer transformativen Erweiterung liegen, ist von Institution zu Institution verschieden – und muss unter Rückgriff auf theoretisches Wissen über bestimmte Institutionen und entlang konkreter empirischer Fälle untersucht werden.

Zum Abschluss zeigt ein Blick auf die aktuellen Entwicklungen: Wir befinden uns in einer Situation, in

der keinesfalls gesagt ist, dass es entweder ein kleinschrittiges „weiter so“ oder eine sozial-ökologische Transformation geben wird. Ein fossiles Rollback ist eine reale Gefahr und rechte Kräfte arbeiten jeden Tag daran, dies Wirklichkeit werden zu lassen (Brand/Wissen 2024). Dabei stellen sie nicht zuletzt auch die vermeintlichen Selbstverständlichkeiten einer friedlichen Konfliktführung in Frage, wie eine Studie zur diskursiven Eskalation von Gewalt-Zuschreibungen in ökologischen Konflikten zeigt (August et al. 2024). In dieser Situation können bestehende Institutionen nicht nur dazu beitragen, dass Konflikte weiterhin friedlich und ohne existenzielle Risiken für die Beteiligten verlaufen, sondern auch ein Zurückfallen hinter bereits erreichte klimapolitische Errungenschaften verhindern.

Statt Institutionen der Konfliktaustragung als durchweg entweder förderlich oder aber hinderlich zu betrachten, gilt es folglich besser zu verstehen, unter welchen Umständen sie einer sozial-ökologischen Politik zuträglich sein können. Dazu bedarf es weiterer Forschung zu den Erfolgsfaktoren von sozial-ökologischen Bündnissen sowie zu der Frage, ob, wann und wodurch der Balanceakt zwischen institutionalisierter Konfliktführung und transformativen Anliegen gelingen kann. Hierzu kann die Konflikttheorie einen wichtigen Beitrag leisten, wie im vorliegenden Artikel verdeutlicht wurde.

Acknowledgements

Dieser Beitrag ist entstanden im Rahmen des Forschungsprojektes „Ökologische Konflikte: Repräsentationsansprüche und Konfliktstrategien im Kampf um die kommende Gesellschaft“, das von der Gerda Henkel Stiftung gefördert wird (AZ 01/TG/22). Für ihre wertvollen Anregungen möchte ich mich bei Vincent August, Sebastian Barth sowie den anonymen Reviewer*innen bedanken.

Disclosure Statement

Es liegen keine Interessenkonflikte vor.

Literatur

- August, V. (2024a): Dynamiken des Klimakonflikts: Eskalation, Gegeneskalation und De-Eskalation seit Fridays for Future und der Letzten Generation. In: Politische Vierteljahresschrift, S. 1-25.
- August, V. (2024b): Rezension „Umkämpfte Zukunft“: Mehr Konflikttheorie wagen: Über die „Umkämpfte Zukunft“ der Nachhaltigkeit. Soziologie und Nachhaltigkeit. Online: <https://www.uni-muenster.de/Ejournals/index.php/sun/article/view/6112> [Zugriff: 15.01.2025].
- August, V./Clute-Simon, V./Adams, C. (2025): Climate obstruction in germany: Framing and scare strategy beyond denial - the Heating Law debate. Online: https://doi.org/10.31235/osf.io/ty7j9_v1.
- August, V./Barth, S./Brodocz, A./Smieskol, P. (2024): »Gewaltfreiheit« und »Gewalttäter« Wie Gewalt-Zuschreibungen ökologische Konflikte vorantreiben. In: Leviathan. Vol.52, S. 429-471.
- August, V./Westphal, M. (2024): Theorizing democratic conflicts beyond agonism. In: Theory and Society. Vol.53 (5), S. 1119-1149.
- beck-aktuell (2024): 'Historischer' Sieg für 'Klimaseniorinnen'. Online: <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/egmr-klimaschutz-klimaseniorinnen-verbandsklagerecht> [Zugriff: 15.01.2025].
- Bergquist, M./Nilsson, A./Harring, N./Jagers, S. C. (2022): Meta-analyses of fifteen determinants of public opinion about climate change taxes and laws. In: Nature Climate Change, Vol.12 (3), S. 235-240.
- Bonacker, T. (2009): Konflikttheorien. In: Kneer, G./Schroer, M. [Hrsg.] Handbuch Soziologische Theorien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 179-197.
- Bose, S./Dörre, K./Köster, J./Lütten, J./Dörre, N./Szauer, A. (2019): Studie: Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz. Online: <https://www.transition-lausitz.de/nach-der-kohle-alternativen-fuer-einen-strukturwandel-in-der-lausitz/> [Zugriff: 15.01.2025].
- Bowen, G. (2009): Document Analysis as a Qualitative Research Method. In: Qualitative Research Journal. Vol.9, S. 27-40.
- Brand, U./Brad, A. (2019): Sozial-ökologische Transformation. In: Brunner, J./Dobelman, A./Kirst, S./Prause, L. [Hrsg.]. Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte: Ein kritisches Handbuch. Bielefeld: Verlag, S. 279-285.
- Brand, U./Wissen, M. (2024): Kapitalismus am Limit: Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven. München: oekom Verlag.
- Brunnengräber, A./Neujeffski, M./Plehwe, D. (2024): Climate Obstruction in Germany: Hidden in Plain Sight? In: Brulle, R. J./Roberts, J. T./Spencer, M. C. (Hrsg.). Climate Obstruction across Europe. New York: Oxford University Press, S. 136-161.
- Climate.Labour.Turn (2023): 'Mein Pronomen ist Busfahrerin' Die gemeinsame Kampagne von FfF und ver.di im öffentlichen Nahverkehr. Ein Beispiel für ökologische Klassenpolitik. Online: <https://www.rosalux.de/publikation/id/44712/mein-pronomen-ist-busfahrerin> [Zugriff: 15.01.2025].
- Collins, R. (1974): Reassessments of Sociological History: The Empirical Validity of the Conflict Tradition. In: Theory and Society, 1(2), S. 147-178.
- Coser, L.A. (1956): Functions of Social Conflict. New York: Free Press.
- Dahrendorf, R. (1957): Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- Deitelhoff, N./Schmelzle, C. (2023): Social Integration Through Conflict: Mechanisms and Challenges in Pluralist Democracies. In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 75(1), S. 69-93.
- Dietz, K./Engels, B. (2013): Immer (mehr) Ärger wegen der Natur? – Für eine gesellschafts- und konflikttheoretische Analyse von Konflikten

- um Natur. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. Vol.43 (1), S.73-89.
- Dietz, G./Engels, B. (2022): Konflikt. In: Gottschlich, D./Hackfort, S./Schmitt, T./Winterfeld, U. v. [Hrsg.]: Handbuch Politische Ökologie: Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden. Bielefeld: transcript Verlag, S. 545-552.
- Dörre, K. (2017): Gewerkschaften, Machtressourcen und öffentliche Soziologie. Ein Selbstversuch. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 42(2), S. 105-128.
- Dörre, K. (2020): Gesellschaft in der Zangenkrise. Vom Klassen- zum sozial-ökologischen Transformationskonflikt. In: Dörre, K./Holzschuh, M./J. Köster [Hrsg.]: Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität. Frankfurt: Campus Verlag, S. 23-69.
- Dörre, K./Liebig, S./Lucht, K./Sittel, J. (2024): Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie. In: Berliner Journal für Soziologie, Volume 34, S. 9-46.
- dpa (2018): Vor Tagung der Kohlekommission: Tausende demonstrieren gegen Ausstieg aus der Braunkohle. Online: <https://www.tagesspiegel.de/politik/tausende-demonstrieren-gegen-ausstieg-aus-der-braunkohle-4001398.html> [Zugriff: 24.07.2024].
- Eckert, J. M. (2015): Einleitung: Gewalt, Meidung und Verfahren: zur Konflikttheorie Georg Elwerts. In: Eckert, J.M. [Hrsg.]: Anthropologie der Konflikte: Georg Elwerts konflikttheoretische Thesen in der Diskussion. Bielefeld: transcript Verlag, S. 7-25.
- Elwert, G. (2015): Anthropologische Perspektiven auf Konflikt. In: Eckert, J.M. [Hrsg.]: Anthropologie der Konflikte: Georg Elwerts konflikttheoretische Thesen in der Diskussion. Bielefeld: transcript Verlag, S. 26-38.
- Eichenauer, E./Gailing, L. (2022): What Triggers Protest? – Understanding Local Conflict Dynamics in Renewable Energy Development. In: Land, 11, 1700.
- Eversberg, D./Fritz, M./von Faber, L./Schmelzer, M. (2024): Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt. Frankfurt: Campus Verlag.
- Flemming, J. (2022): Industrielle Naturverhältnisse: Politisch-kulturelle Orientierungen gewerkschaftlicher Akteure in sozial-ökologischen Transformationsprozessen. München: oekom Verlag.
- Gill, B./Wolff, A./Weber, I./Schomburgk, R. (2019): Spielarten des Kapitalismus, Spielarten der Nachhaltigkeit und die ökosoziale Dimension der Energiewende: Soziale Nebenwirkungen von Energiesteuern im Bereich privater Haushalte. In: Soziologie und Nachhaltigkeit. Vol.5 (1), S. 1-26.
- Grothaus, A./Setton, D. (2020) Die „Kohlekommission“ aus zivilgesellschaftlicher Perspektive: Chancen und Herausforderungen bei der Partizipation in Expertengremien. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 33(1), S. 282-304.
- Graf, J./Liebig, S./Lucht, K./Rackwitz, H./Wissen, M. (2023): Editorial: Sozial-ökologische Transformationskonflikte und linke Strategien. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Vol.53 (210), S. 4-12.
- Groß, T. (2023): Zwei Jahre Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts. Online: https://intr2dok.vifa-recht.de/receive/mir_mods_00015240 [Zugriff: 15.01.2025].
- Gürtler, K./Löw Beer, D./Herberg, J. (2021): Scaling just transitions: Legitimation strategies in coal phase-out commissions in Canada and Germany. In: Political Geography, 88, S. 102406.
- Haas, T., Herberg, J./Löw-Ber, D. (2022): From carbon democracy to post-fossil capitalism? The German coal phase-out as a crossroads of sustainability politics. In: Sustainability: Science, Practice and Policy, 18(1), S. 384-399.
- Helfferrich, C. (2011): Die Qualität qualitativer Daten: Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. 4. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hermwille, L./Kiyar, D. (2022): Late and expensive: the political economy of coal phase-out in Ger-

- many. In: Jakob, M./Steckel, J. C. [Hrsg.]: *The political economy of coal: obstacles to clean energy transitions*. Abingdon: Routledge, S. 21-39.
- Hyman, R. (1982): *Pressure, Protest, and Struggle*. In: Bomers, G.B.J./Peterson, R.B. [Hrsg.]: *Conflict Management and Industrial Relations*. Dordrecht: Springer Netherlands, S. 401-422.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2023): *Synthesis Report of the IPCC Sixth Assessment Report (AR6), Summary for Policymakers*. Online: <https://www.ipcc.ch/report/sixth-assessment-report-cycle/> [Zugriff: 24.07.2024].
- Jasper, J.M./Duyvendak, J.W. (2015): *Players and Arenas: The Interactive Dynamics of Protest*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Jost, P./Mack, M./Hillje, J. (2024): *Aufgeheizte Debatte?* Online: https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2024/04/240418_DPZ_Studie_Aufgeheizte-Debatte.pdf [Zugriff: 24.07.2024].
- Kaiser, J. (2020): *#Wir fahren zusammen. Die Allianz von Fridays for Future und ver.di im Bereich Nahverkehr als Exempel ökologischer Klassenpolitik*. In: Dörre, K./Holzschuh, M./J. Köster [Hrsg.]: *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*. Frankfurt: Campus Verlag, S. 129-182.
- Kalt, T. (2021): *Jobs vs. climate justice? Contentious narratives of labor and climate movements in the coal transition in Germany*. In: *Environmental Politics*, 30(7), S. 1135-1154.
- Kalt, T. (2023): *Umkämpfte Gerechtigkeit Konflikte zwischen Gewerkschaften und Klimabewegung beim Kohleausstieg*. In: Klepp, S./Hein, J. [Hrsg.]: *Umweltgerechtigkeit und sozialökologische Transformation: Konflikte um Nachhaltigkeit im deutschsprachigen Raum*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 65-88.
- Klepp, S./Hein, J. (2023): *Umweltgerechtigkeit und sozialökologische Transformation Konflikte um Nachhaltigkeit im deutschsprachigen Raum*. In: Klepp, S. and Hein, J. [Hrsg.]. *Umweltgerechtigkeit und sozialökologische Transformation: Konflikte um Nachhaltigkeit im deutschsprachigen Raum*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 7-44.
- Klima und Klasse (2024): *Vom Busbahnhof in die Fabrik*. Online: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-fahren-zusammen> [Zugriff: 24.07.2024].
- Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (KWSB) (2019): *Abschlussbericht* Online: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.html> [Zugriff: 24.07.2024].
- Köster, J./Bose, S./Dörre, K./Lütten, J. (2020): *Nach der Braunkohle. Konflikte um Energie und regionale Entwicklung in der Lausitz*. In: Dörre, K./Holzschuh, M./J. Köster [Hrsg.]: *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*. Frankfurt: Campus Verlag, S. 71-128.
- Kriesberg, L. (1998): *Constructive Conflicts: From Escalation to Resolution*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Kuckartz, U. (2018): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. 4. Auflage, Weinheim: Beltz.
- Kuehn, D. (2020): *Theoriegeleitete Fallauswahl*. In: Wagemann, C./Goerres, A./Siewert, M. B. (Hrsg.). *Handbuch Methoden der Politikwissenschaft*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 239-263.
- Küppers, A. (2024): *“Climate-Soviets,” “Alarmism,” and “Eco-Dictatorship”: The Framing of Climate Change Scepticism by the Populist Radical Right Alternative for Germany*. In: *German Politics*, 33(1), S. 1-21.
- Kuppler, S./Bechthold, E. (2022) *Werte, Wissen und Interessen: Konflikte im Kontext der deutschen und Schweizer Endlagerpolitik*. In: *Soziologie und Nachhaltigkeit*, 8(1), S. 24-63.

- Kurwan, J. (2021): Exnovationsprozesse als sozial-ökologische Transformation? : Eine vergleichende Analyse der Argumente von Gewerkschaften und Umweltverbänden zum Kohleausstieg in Deutschland. Online: <https://doi.org/10.48506/OPUS-7825> [Zugriff: 24.07.2024].
- Löw Beer, D./Gürtler, K./Herberg, J./Haas, T. (2021): Wie legitim ist der Kohlekompromiss? Spannungsfelder und Verhandlungsdynamiken im Prozess der Kohlekommission. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 31(3), S. 393-416.
- Lucht, K. /Liebig, S. (2023): Sozial-ökologische Bündnisse als Antwort auf Transformationskonflikte? Die Kampagne von ver.di und Fridays for Future im ÖPNV. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Vol.53 (210), S. 15-33.
- Mau, S./Lux, T./Westheuser, L. (2023): Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Mayring, P. (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 11. Auflage, Weinheim: Beltz.
- Morena, E./ Krause, D./Stevis, D. [Hrsg.] (2019): Just Transitions: Social Justice in the Shift Towards a Low-Carbon World. London: Pluto Press.
- Münnich, S. (2011): Interessen und Ideen: Soziologische Kritik einer problematischen Unterscheidung. In: Zeitschrift für Soziologie, Vol.40 (5), S. 371-387.
- Neckel, S. (2023): Klimakonflikte: Chancen und Hindernisse eines sozial-ökologischen Wandels. In: Berliner Debatte Initial, 34(3), S. 5-11.
- Niebert, K. (2019): Kommentar der Umweltverbände zum Ergebnis der Kohlekommission: Kompromiss statt Klimarettung. In: politische ökologie. (156), S. 61-64.
- Offe, C./Wiesenthal, H. (1980): Two logics of collective action: Theoretical notes on social class and organizational form. In: Political Power and Social Theory, 1, S. 67-115.
- Praetorius, B./Bandt, O./Grothus, A./Kaiser, M./Matthes, F. C./Niebert, K./Priggen, R./Schellnhuber, H. J. (2020): Stellungnahme der ehemaligen Mitglieder der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB). Online: <https://www.oeko.de/publikation/stellungnahme-der-ehemaligen-mitglieder-der-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung-kwsb/> [Zugriff: 15.01.2025].
- Proaño, C. R./Peña, J. C./Saalfeld, T. (2024): Inequality, macroeconomic performance and political polarization: a panel analysis of 20 advanced democracies. In: Review of Social Economy. Vol.82 (3), S. 396-429.
- Radtke, J. (2023): Energiewende-Konflikte und Populismus: Zur Rolle lokaler Akteure. Online: https://publications.rifs-potsdam.de/pubman/faces/ViewItemOverviewPage.jsp?itemId=item_6003038 [Zugriff: 15.01.2025].
- Räthzel, N./Uzzell, D. (2011): Trade Unions and Climate Change: The Jobs versus Environment Dilemma. In: Global Environmental Change Part A, 21, S. 1215-1223.
- Reitzenstein, A./Schulz, S./Heilmann, F. (2019) The story of coal in Germany: A model for just transition in Europe?. In: Krause, D./ Morena, E./Stevis, D. [Hrsg.] Just Transitions: Social Justice in the Shift Towards a Low-Carbon World. London: Pluto Press.
- Schaupp, S. (2024): Stoffwechselfolitik. Arbeit, Natur und die Zukunft des Planeten. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Sommer, B./Schad, M. (2022): Sozial-ökologische Transformationskonflikte. Konturen eines Forschungsfeldes. In: ZfP Zeitschrift für Politik, 69(4), S. 451-468.
- Sommer, B./Schad, M./Kadelke, P./Humpert, F./Möstl, C. (2023): Rechtspopulismus vs. Klimaschutz?: Positionen, Einstellungen, Erklärungsansätze. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Stachura, M. (2014): Institution. In: Endruweit, G./Trommsdorff, G./Burzan, N. [Hrsg.]: Wörterbuch der Soziologie. 3. völlig überarbeitete Auflage, Konstanz: UKV Verlagsgesellschaft, S. 200-201.
- Stevis, D./Uzzell, D./Räthzel, N. (2018): The labour-

nature relationship: varieties of labour environmentalism. In: *Globalizations*. Vol.15 (4), S. 439-453.

- Thiele, L. (2024): Genoss*innenbeitrag: Vergesellschaftung als Klimastrategie? Friedliche Sabotage. Online: <https://steadyhq.com/de/friedlichesabotage/posts/e5c90170-d91d-422b-b76d-756c24861262> [Zugriff: 15.01.2025].
- Tilly, C./Tarrow, S. (2015): *Contentious Politics*. Second Edition. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Tschenker, T. (2024): Wir fahren zusammen, aber streiken müssen wir allein. Online: <https://doi.org/10.59704/f6a7fff68bc4686c> [Zugriff: 24.07.2024].
- ver.di (2020): Wir fahren zusammen. Rückblick, Bilanz und Ausblick. Online: <https://bb.verdi.de/branchen-und-berufe/++co++7f438d68-5195-11eb-b602-001a4a160100> [Zugriff: 15.01.2025].
- ver.di (2024): Tarifrunde TV-N 2024. Online: <https://oeffentliche-private-dienste.verdi.de/tarifbereiche/tv-n/++co++ec6f8240-5c3f-11ee-8334-001a4a160100> [Zugriff: 24.07.2024].
- Wiedemuth, J. (2017): Tarifverhandlungen - ein überflüssiges Ritual? Zur Innenansicht eines gesellschaftlichen Konfliktes. In: *WSI-Mitteilungen*, 70(8), S. 614-620.
- Wissen, M./Brand, U. (2021): Workers, Trade Unions, and the Imperial Mode of Living: Labour Environmentalism from the Perspective of Hegemony Theory. In: Rätzl, N./Stevis, D./and Uzzell, D. [Hrsg.]. *The Palgrave Handbook of Environmental Labour Studies*. Cham: Springer International Publishing, S. 699-720.
- World Meteorological Organization (WMO) (2024): State of the Global Climate 2023. Online: <https://library.wmo.int/records/item/68835-state-of-the-global-climate-2023> [Zugriff: 24.07.2024].
- Zilles, J., Drewing, E./Janik, J. [Hrsg.] (2022): *Umkämpfte Zukunft: Zum Verhältnis von Nachhaltigkeit, Demokratie und Konflikt*. Bielefeld: transcript Verlag.

Autorin:

Veza Clute-Simon ist Doktorandin im Forschungsprojekt „Ökologische Konflikte“ an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich soziologische und politische Theorie, sozial-ökologische Transformation und Konfliktforschung.

Impressum

Soziologie und Nachhaltigkeit
Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung

ISSN 2364-1282

Heft 2/2025, 11. Jahrgang, DOI: 10.17879/sun-2025-6992

Eingereicht 31.07.2024 – Peer-Review 21.11.2024 – Überarbeitet 28.01.2025 – Akzeptiert 03.02.2025

Lizenz CC-BY 4.0 (www.creativecommons.org/licenses/by/4.0)

Herausgeber*innen: Matthias Grundmann, Anna Henkel, Melanie Jaeger-Erben, Bernd Sommer, Björn Wendt

Redaktion: Niklas Haarhusch, Andreas Huber, Jakob Kreß, Carsten Ohlrogge, Marcel Sebastian

Layout/Satz: Carsten Ohlrogge

Anschrift: Universität Münster, Institut für Soziologie
Scharnhorststraße 121, 48151 Münster
Telefon: (0251) 83-25440
E-Mail: sun.redaktion@uni-muenster.de
Website: www.sun-journal.org

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) - Projektnummer 490954504